

# Der OKERBOTE

Neues aus

Hillerse

Landkreis Gifhorn

und

Volkse

Gemeinde Hillerse

Landkreis Gifhorn

Herausgeber: SPD Ortsabteilung Hillerse

Nr. 9

## SPD FÜR MEHR FRAUENRECHTE

Vor siebzig Jahren, am 19. Januar 1919, wählten FRAUEN erstmals die verfassungsgebende Nationalversammlung mit: Die SPD stellte mit 19 mehr als die Hälfte der 37 Frauen.

Die Revolution, die am 10. November 1918 ausgebrochen war, und auf die wir Deutsche stolz sein können, hatte es ermöglicht: Ein Dekret des Rates der Volksbeauftragten (aus SPD und USPD) verkündete das allgemeine Wahlrecht.

In der Zeit des Nationalsozialismus galt Politik für Frauen als schmutziges Geschäft. Radikale bürgerliche Frauen waren ebenso wie viele bekannte Sozialdemokratinnen und Kommunisten gefährdet: Exil, Freitod, Versuch eines unauffälligen Lebens mit der Gefahr, doch irgendwann im KZ zu landen, waren die Alternativen ab 1933.

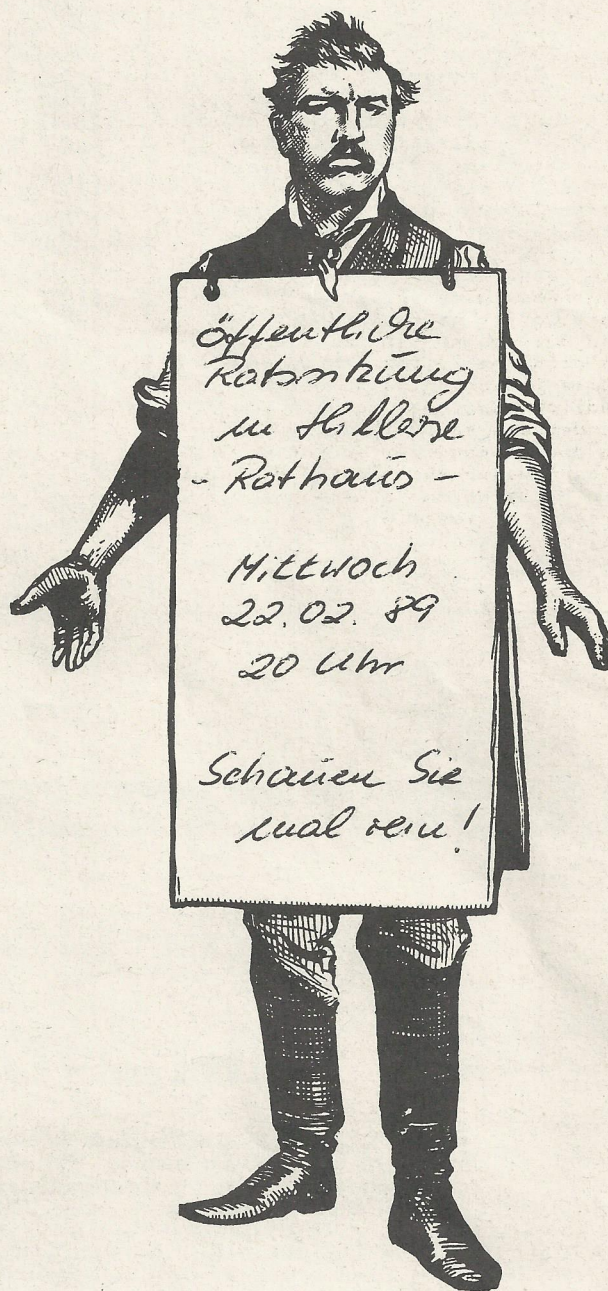
Mit der Gründung der Bundesrepublik 1949 (Wir werden dieses Jahr 40!) hatten Frauen wieder die gleichen Mitwirkungsrechte wie Männer - doch die Zahl der aktiven Frauen in der Politik liegt seitdem um rund zehn Prozent.

Diesem Stillstand will die Sozialdemokratische Partei Deutschlands mit ihrem richtungweisenden Parteitagsbeschluss einer Frauenquote innerhalb der nächsten 15 Jahre entscheidend entgegenwirken.

Seit 70 Jahren setzt sich die SPD also nachweisbar immer wieder an die Spitze für Frauenrechte:

HABEN SIE - als FRAU oder MANN - deshalb schon einmal an einen EINTRITT IN DIE SPD gedacht???

Kommen Sie doch einfach zu uns. Sie finden uns immer dort, wo es VORWÄRTS geht!



Öffentliche  
Ratsitzung  
in Hillerse  
- Rathaus -

Mittwoch  
22.02.89  
20 Uhr

Schauen Sie  
mal rein!

Darüber geht's!

b.w. →



Dieser  
Artikel  
war der  
Anlaß

NEUES AUS SCHILDA

In Schilda, wo Vetternwirtschaft noch gang und gäbe ist, trug sich folgendes zu:  
Eines Tages stand in einem unberührten Wald direkt an einem Graben ein schönes neues Haus, obwohl doch hier eigentlich gar kein Baugebiet war. Wie konnte es dazu kommen? Nur weil der Bauherr gute Kontakte zum Bürgermeister hatte? Der Bürgermeister wies dies entschieden zurück!  
Die Sache blieb ungeklärt, und das Leben ging weiter.  
Doch Idylle hat auch Nachteile, und die schöne Lage allein genügt nicht mehr. Der Weg zu dem abseits liegenden Haus sollte endlich ausgebaut werden. Und auf wundersame Weise fand die Gemeinde die notwendigen Tausender, um diesen Wusch fast kostenlos für den Besitzer zu erfüllen.  
Fragen, ob dieses Geld nicht sinnvoller verwendet werden könnte, wies der Bürgermeister entschieden zurück.

Seit gestern abend hat die Gemeinde Hillerse im Landkreis Gifhorn keinen dritten Bürgermeister mehr. An sich nichts Weltbewegendes, aber die Hintergründe sind doch einigermaßen erstaunlich.

Der zweite Stellvertreter des Bürgermeisters, Detlef Tanke, ist nämlich nicht einfach abgewählt worden - das war nicht möglich. Aber als SPD-Mann und umweltpolitischer Sprecher seiner Partei im Kreistag war er der CDU-Mehrheit im Gemeinderat ein Dorn im Auge. Kurze und knackige Entscheidung eben dieser Ratsmehrheit: Wir schaffen das Amt eines dritten Bürgermeisters einfach ab! So geschehen gestern abend in der Ratssitzung.

Wie die Aller-Zeitung in ihrer morgigen Ausgabe berichtet, stecken hinter diesem Rausschmiß Auseinandersetzungen zwischen Tanke und der CDU-Fraktion. So hatte Tanke im jüngsten SPD-Dorfbrief eine Glosse veröffentlicht unter der Überschrift "Neues aus Schilda", wo Vetternwirtschaft noch gang und gäbe ist. Darin hatte er dem ersten Bürgermeister, Joachim Bauerfeld, Kungelei vorgeworfen. Bauerfeld habe sehr offensichtlich aus persönlichen Motiven eine Baugenehmigung erteilt und gleichzeitig die Straße, die zu dem neuen Haus führt, ausbauen lassen. Umgekehrt warf die CDU dem ausge-tricktesten Tanke vor, interne Details an die Öffentlichkeit getragen zu haben.

Tankes Fraktionskollege Wolfgang Wesche erinnerte die CDU daran, daß Tanke als dritter Bürgermeister bei der letzten Kommunalwahl nur 100 Stimmen weniger als Bürgermeister Bauerfeld bekommen habe - dagegen 600 Stimmen mehr als der zweite Bürgermeister.

Daß Hillerses Bürgermeister Joachim Bauerfeld (CDU), im Hauptberuf Rektor einer Grundschule, seinem zweiten Stellvertreter Detlef Tanke (SPD) gerne einen Tadel ins politische Stammbuch geschrieben hätte, ist menschlich verständlich. Schließlich läßt sich ein gestandener Kommunalpolitiker wie Bauerfeld nicht gerne ungestraft als Bürgermeister von Schilda, „wo Vetternwirtschaft gang und gäbe ist“, bezeichnen. Doch das Rat- ist kein

Kommentar

Schulhaus und Tanke kein junger Heißsporn. Er ist sicherlich ein un-bequemer Ratsherr, der die Aufklärung von Widersprüchen über den Frieden im Ratsrund stellt. Und darüber, ob die Satire des SPD-Fraktionsvorsitzenden im „Dorfblatt“ nicht vielleicht ein Schlag war, der zu tief unter die Gürtellinie traf, läßt sich sicherlich streiten. Doch es so sicher ist, daß die CDU-Fraktion Antworten schuldig geblieben ist. Statt die argumentative Auseinandersetzung mit dem wendigen Tanke zu suchen, besann sie sich auf die eigene Mehrheit und die Niedersächsische Gemeindeordnung. Der Auftritt der Hillerser Christdemokraten war kein Ausdruck von Souveränität, sondern - im Gegenteil - ein Zeichen von Schwäche. Der in der Bevölkerung überaus populäre Tanke wird den Verlust des Titels verkraften. Und es drängt sich der Verdacht auf, daß es gerade diese Popularität des Oppositionsführers ist, die den CDU-Gemeinderäten Angst eingejagt hat. Angst ist aber bekanntlich ein schlechter Ratgeber.

MICHAEL LOY

Meinungen... Meinungen... Meinungen... Kommentare... Kommentare... Kommentare

Kommunalaufsicht: Satzungsänderung reicht nicht

Hillerses CDU muß Tanke abwählen

Das soll  
am Mittwoch  
im Gemeinderat endgültig beschlos-sen werden!

(Artikel der  
ALLER-ZEITUNG  
vom 16.12.88)

Hillerse (ml). So einfach, wie sich die CDU-Fraktion im Hillerser Gemeinderat des von ihr ungeliebten zweiten stellvertretenden Bürgermeisters Detlef Tanke (SPD) entledigen wollte, geht es offenbar nicht. Die am Dienstag von der CDU durchgesetzte Streichung des Amtes in der Hauptsatzung reicht nach Auffassung der Kreis-Kommunalaufsicht nicht aus.

Spätestens dann, wenn die Satzung in Kraft tritt, müsse Tanke offiziell abgewählt werden, sagte Oberkreisdirektor Dr. Klaus Lemke gestern auf Anfrage der AZ. Er bezeichnete das Verfahren zunächst als „nicht ganz unproblematisch“, denn „ein solcher Fall ist bei uns noch nicht vorgekommen“. Vorbehaltlich einer genaueren

Prüfung der Rechtslage kündigte der Oberkreisdirektor allerdings die Genehmigung der neuen Hauptsatzung an. Da Tanke aber für die gesamte Wahlperiode von fünf Jahren zum zweiten stellvertretenden Bürgermeister gewählt worden sei, so Lemke gegenüber der AZ, müsse parallel zur Satzungsänderung die Abberufung von seinem Amt erfolgen.

Während nach der Niedersächsischen Gemeindeordnung für die Abberufung eines Bürgermeisters eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, reicht nach den Worten von Dr. Lemke für die Abwahl eines zweiten stellvertretenden Bürgermeisters die einfache Mehrheit.

Dabei dürfte die CDU-Fraktion in

Hillerse allerdings in Argumentationsschwierigkeiten geraten. Denn ihr Fraktionsvorsitzender Wilhelm Redecke hatte am Dienstag erklärt der Beschluß sei „keine Abwahl“, sondern „nur die Anpassung der Hauptsatzung an die Gemeindeordnung“.

Mit einem Flugblatt hat die SPI auf den Ratsbeschluß vom Dienstag reagiert. Die von der CDU beschworene gemeinsame Verantwortung in der Kommunalpolitik werde in ihr Gegenteil verkehrt, heißt es. Außer dem drohe der Gemeinde Handlungsunfähigkeit bei Eilentscheidungen und Abwesenheit eines Bürgermeisters, da bei allen Amtshandlungen immer zwei Unterschriften geleistet werden müßten, warnt die SPD.



# Die Geschichte der SPD: 1945—1960

1945—1949

**1945: Die Chance für einen Neuanfang ist da.** Nie wieder Krieg — das ist die Hoffnung nach dem Ende eines Krieges, der die Völker 50 Millionen Tote kostete.

Unter der Führung ihres Vorsitzenden Kurt Schumacher, den die Nazis zehn Jahre lang im KZ gequält hatten, stehen Sozialdemokraten an der Spitze des Aufbaus einer neuen Demokratie. Auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg werden „Richtlinien für den Aufbau der Deutschen Republik“ verabschiedet und Grundsätze zur Wirtschaftspolitik beschlossen: Die SPD sucht einen politischen Weg, der von Kapitalismus und Stalinismus gleich entfernt ist. In der sowjetisch besetzten Zone werden SPD und KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zwangsvereinigt. In den Westzonen und in West-Berlin kommt ein Zusammengehen mit den von Moskau total abhängigen deutschen Kommunisten nicht in Frage. Mit den Stimmen der SPD wird 1949 das Grundgesetz beschlossen. Unter der Leitung von Carlo Schmid hatten Sozialdemokraten an dessen Erarbeitung im Parlamentarischen Rat mitgearbeitet.

1949—1960

**Die SPD nimmt die Verfassung ernst: Ringen um soziale Demokratie.** Die SPD, nach der knappen Wahlniederlage von 1949 in der Opposition, streitet in den fünfziger Jahren besonders gegen die Wirtschafts- und Militärpolitik Adenauers. Kurt Schumacher bleibt bis zu seinem Tod am 20. August 1952 sein großer Gegenspieler.

Das Grundgesetz ist ein Auftrag zur „Weiterentwicklung einer sozialen Demokratie“. Aber schon bald zeigt sich, daß vieles gegen eine CDU erkämpft werden muß, deren konservative und autoritäre Züge unverkennbar sind. Gemeinsam gelingt es SPD und Gewerkschaften, die paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie durchzusetzen.

Erich Ollenhauer führt die Partei nach Schumacher. Mit dem „Godesberger Programm“ verabschiedet die SPD 1959 auf dem Parteitag in Bonn-Bad Godesberg ihr heute noch gültiges Grundsatzprogramm: Die Volkspartei SPD schickt sich an, die Mehrheit zu gewinnen.

In der Außen- und später der Sicherheitspolitik machen Sozialdemokraten Front gegen Wiederbewaffnung und eine Westpolitik Adenauers, durch die die deutsche Teilung vertieft wird. Die SPD fordert vergeblich, daß vor einer Wiederbewaffnung alle Chancen für eine Wiedervereinigung Deutschlands ausgelotet werden.

Während Adenauer und sein Atomminister Strauß die nukleare Bewaffnung der Bundeswehr anstreben, wehren sich viele Mitglieder der SPD in einer breiten Volksbewegung, deren Aktionen vom Arbeitsausschuß „Kampf dem Atomtod“ koordiniert werden.

Am 30. Juni 1960 hält Herbert Wehner im Bundestag seine vielbeachtete Rede, in der er im Namen der Sozialdemokratie die inzwischen vollzogene Bündnispolitik akzeptiert.

## UNSER KINDERGARTEN PLATZT AUS ALLEN NÄHTEN

Der Hillerser Kindergarten, seit über 60 Jahren Heimstätte der vorschulischen Erziehung, ist heute nur noch ein „einziges Provisorium“. Das stellten die SPD-Fraktionen der Samtgemeinde und des Hillerser Rates in Übereinstimmung mit der neuen Leiterin des Kindergartens, Silke Hoppmann, und Pastor Albert Lübben bei einem Besuch fest.

Ganz akut werden die Probleme des viel zu kleinen Gebäudes im kommenden Sommer auf die Kindergartenverwaltung, sprich die Kirche, zukommen. Dann nämlich, so Lübben, müsse nach den jetzigen Anmeldungen wegen der miserablen Raum- und zahlenmäßigen Personallage 20 bis 25 Kindern eine Ablehnung ins Haus flattern. Eine kurzfristige Lösung dieses Kinderansturms, der auch in den nächsten Jahren noch anhalten wird, ist einerseits die Verlagerung einer Nachmittagsgruppe nach Leiferde, — eine Anregung von Samtgemeindedirektor Robert Janzen.

Eine andere Möglichkeit bestehe darin, so Lübben, eine Vormittagsgruppe in der alten Didderser Grundschule zu etablieren. Dieses dürfe aber keineswegs eine reine Didderser Gruppe sein. Die Durchmischung von Hillerser und Didderser Kindern müsse weiterhin Bestand haben.

Mittelfristig komme man nicht umhin, in Hillerse bauliche und folgend personelle Maßnahmen in Angriff zu nehmen. Die Gruppenräume sind zu sehr „akustisch ineinander verflochten“. Es ist kein Stauraum für Spielzeug und dergleichen vorhanden. Wegen jeder Kleinigkeit, so die Leiterin Silke Hoppmann, müsse man darum bei Wind und Wetter um das Haus in den Heizungskeller laufen. Die Mitarbeiter haben keinen eigenen Raum, wo Arbeitsvorbereitungen und Elterngespräche stattfinden können.

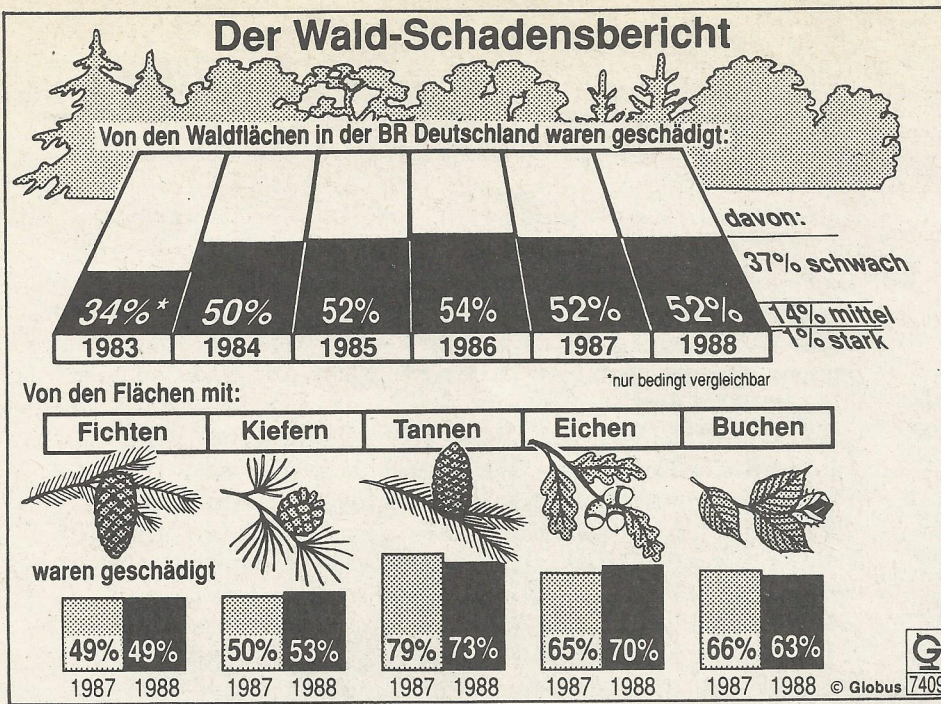
Wünschenswert wäre auch eine Kinderküche, ein Feuchtraum und Eigentumsfächer für die Mitarbeiterinnen. Umgehend, so kündigte Fraktionsvorsitzender Hans-Peter Becker an, müsse der Sozialausschuß sich der Sachlage annehmen und dem Hillerser Kindergarten schnellstmöglich helfen.

Wußten Sie schon, daß ...

...der Friedhof einen zweiten Zuweg erhält? Im Zuge des Bebauungsplans Ackernstraße wird an der östlichen Friedhofsseite der bestehende Weg zur dann verlängerten Ackernstraße angeschlossen.

...im Bebauungsplan ein Kinderspielplatz mit über 1000 Quadratmetern geplant ist?





## Ja zur Öko-Steuer

Wer mag schon Steuern? Allenfalls ist man bereit, sie als notwendiges Übel zu akzeptieren: Zur Finanzierung unumgänglicher staatlicher Aufgaben etwa oder für eine am Vollbeschäftigungsziel orientierte Wirtschaftspolitik. Jetzt fordert die SPD auch noch eine Öko-Steuer — warum?

Daß wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten wollen, dürfte unumstritten sein. Die weltweit drohende Klimakatastrophe, das anhaltende Waldsterben und eine jährliche ökologische Schadensbilanz von ca. 100 Milliarden Mark allein in der Bundesrepublik erzwingen ein Umdenken. Die Sozialdemokraten ziehen daraus den Schluß: Umweltschädliche Produkte und Produktionsverfahren und der Verbrauch knapper Ressourcen müssen eingeschränkt werden. Die SPD-Steuerexpertin Ingrid Matthäus-Maier: „Die Preise müssen entsprechend der Knappheitsverhältnisse und der Umweltverträglichkeit der Produkte erhöht werden.“ Damit wäre, so der sozialdemokratische Umweltexperte Harald B. Schäfer, das Verursacherprinzip in der marktwirtschaftlichen Ordnung konsequent angewendet. In Zukunft sollen die Erwerbsarbeit und umwelt-schonende Produkte weniger, der umweltbelastende Verbrauch von Gütern, Waren und insbesondere von Energie höher besteuert werden.

Die Umwelt-Kommission der SPD hat den Vorschlag für eine allgemeine Steuer auf den Energieverbrauch in die Diskussion geworfen. „Das wichtigste Ziel dieser Energiesteuer ist es, mittels einer hohen Bemessung ein umwelt- und energiebewußtes Verhalten der Verbraucher zu erreichen“, heißt es in dem Vorschlag. Die höheren Energiesteuern sollen aber durch eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer an die Bürger zurückgegeben werden. Ingrid Matthäus-Maier: „Dabei ist selbstverständlich, daß es für die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen, insbesondere auch für die Rentner, einen Ausgleich geben wird.“

Mit diesen Vorschlägen könnte das Energiesparen wieder wirksam angeregt werden. Die Energiesparerfolge, die durch die beiden Ölpreisexplosionen in den 70er Jahren verursacht wurden, drohen jetzt durch die massiv gesunkenen Ölpreise wieder zunichte gemacht zu werden. Japan hat mit die höchsten Energiepreise und steht mit an der Spitze des wirtschaftlichen Wettbewerbs; nicht zuletzt, weil dieses Land konsequent seit den Ölpreiskrisen Energie eingespart und umweltfreundliche Energien entwickelt hat. Nur die Länder werden in Zukunft im internationalen Wettbewerb vorne liegen, die umweltverträglich und energiesparend produzieren.

## Radfahren - nein, danke?

Nicht, weil sie befürchten naß zu werden, sondern weil es ihnen zu gefährlich ist, vermeiden viele es, auf das Fahrrad umzusteigen. In einer Umfrage der Zeitschrift „Brigitte“ gaben nur 20,4 % der Befragten, die bislang nicht radfahren, als Grund an, daß das Rad zu witterungsabhängig sei. 52,6 % fanden das Rad einfach zu gefährlich. 47,4 % meinten, daß es zu viele Hauptstraßen gäbe, 28,6 % machten die Abgase der Autos für ihr Nichtradfahren verantwortlich.

Betrifft: Gesundheit

# Was für eine Blümage.

**SPD**

## Zu wenig Geld für die Umwelt

Der Haushalt des Verteidigungsministers wird im kommenden Jahr 53,3 Milliarden Mark betragen. Der Umweltminister hat verglichen mit dieser Riesensumme lediglich 1 % zur Verfügung. Allein das umstrittene Flugzeugprojekt Jäger 90 kostet schon 1989 mehr als der Umweltminister in seinem ganzen Haushalt zur Verfügung hat.

Die SPD hat beantragt, den Verteidigungshaushalt um 1,8 Milliarden Mark zu kürzen und davon rund 800 Millionen Mark für die Finanzierung von Klär- und Abwasseranlagen und die Verbesserung der Wasserqualität zu verwenden. Finanzexpertin Ingrid Matthäus-Maier (SPD): „Dies muß uns die Sanierung unserer Flüsse und die Rettung der Nordsee wert sein.“

### Das Rezept des Dr. Blüm:

„Nun machen Sie mal das Portemonnaie weit auf und beißen die Zähne fest zusammen.“

